

Es droht eine Kündigungswelle

Ein grösser werdender Teil der Bündner Unternehmen gerät in ernsthafte finanzielle Schwierigkeiten.

Patrick Kuoni

Die Dachorganisationen der Bündner Wirtschaft haben in Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsforum Graubünden und dem Graubündnerischen Bau- und Gewerbeverband eine breit abgestützte Umfrage bei Bündner Unternehmen durchgeführt. 575 Unternehmen haben geantwortet, wobei 325 Teilnehmer alle Fragen und 250 einen Teil der Fragen beantwortet haben. Insbesondere die Branchen Gastronomie, Beherbergung, Bau

Die Umfrage fördert einige Zahlen zutage, die aufhorchen lassen.

und Detailhandel sind gemäss einer Mitteilung sehr gut abgebildet und lassen repräsentative Rückschlüsse zu. Die Umfrage fördert einige Zahlen zutage, die aufhorchen lassen. Die Anzahl der Unternehmen, die in ernsthafte Schwierigkeiten stecken, ist höher als möglicherweise erwartet. Jedes dritte Bündner Unternehmen muss oder musste sich mit einem Personalabbau auseinandersetzen. Dies trotz der Unterstützungsgelder.

Es gibt deshalb klare Forderungen der Wirtschaft, was die finanzielle Unterstützung betrifft. Diese wurden teilweise auch bereits von der Bündner Politik aufgenommen (siehe Artikel unten). Nebenbei sind die Ergebnisse der Umfrage zu finden.

Zeugnis Politik

Trotz finanzieller Schwierigkeiten in verschiedenen Unternehmen bewerten 73 Prozent der Befragten die Arbeit der Bündner Regierung mit «gut» oder «eher gut». Die kantonale Exekutive erreicht deutlich höhere Werte als der Bundesrat. Dessen Arbeit stösst bei 58 Prozent auf Goodwill. Zufrieden sind die meisten mit den kantonalen Wirtschaftsverbänden und Branchenorganisationen. 87 Prozent attestieren ihnen eine «gute»

oder «eher gute» Arbeit. Auch hier ist der Wert für die nationalen Verbände und Organisationen tiefer. In der Beurteilung der Massnahmen zur Covid-19-Bekämpfung sind die Lager in allen Branchen in zwei etwa gleich grosse Lager geteilt. Am höchsten ist die Zustimmung trotz der schwierigen Lage im Tourismus, wo 44 Prozent die Massnahmen für «angemessen» und weitere 14 Prozent sie gar für «zu wenig weitgehend» halten.

Massnahmen intern

Um das eigene Überleben zu sichern, waren in vielen Firmen interne Massnahmen nötig. Ein Vergleich zu einer ersten Umfrage im Sommer 2020 zeigt, dass die Unternehmen die bereits eingeleiteten Massnahmen noch einmal verstärkt haben. Ähnlich wie im Sommer gaben gut die Hälfte der Unternehmen an, Investition zu verschieben sowie Werbe- und Marketingkosten zu senken. Gestiegen ist allerdings der Anteil jener,

welche die Kosten durch Personalentlassungen senken wollen. Waren es im Sommer noch 22 Prozent, erhöhte sich dieser Prozentsatz nun auf 33. Besonders betroffen ist hier laut Auswertung die Gastronomie. Ebenfalls haben deutlich mehr Unternehmen angegeben, Investitionen zu streichen (Verdopplung auf 30 Prozent) und Eigenkapital für die Deckung der Verluste einzusetzen (Verdreifachung auf 28 Prozent).

Unterstützungsmassnahmen

Aufgrund der negativen Auswirkungen für viele Bündner Unternehmen – trotz aktueller Unterstützungsleistungen – überrascht es nicht, dass zwei Drittel der Befragten weitgehende finanzielle Unterstützung fordern. Hier gibt es je nach Branche Unterschiede. Im Tourismus verlangen 70 Prozent weitgehende Unterstützung. Im Gewerbe (etwa Baugewerbe und Industrie) ist eine Mehrheit der Meinung, dass genügend Unterstützung geleistet wird, 46 Prozent sehen dies anders. Wie stark der Tourismus aktuell betroffen ist, zeigt sich auch bei

der Auswertung der Frage nach der Kurzarbeit. 92 Prozent der Tourismusbetriebe haben auf Kurzarbeit zurückgegriffen oder werden dies in Zukunft tun. Im Gewerbe sind es 28 Prozent. Dazwischen steht der Handel (etwa Detailhandel und Autohandel) mit 64 Prozent. Eine grosse Mehrheit wünscht eine Ausfallentschädigung. Als Berechnungsgrundlage soll das Jahr 2019 dienen. Je etwa ein Drittel möchte eine Entschädigung zwischen 25 und 50 Prozent oder bis zu 25 Prozent. Gut jeder fünfte fordert einen Ausgleich von mehr als 75 Prozent.

Situation Unternehmen

Es gibt drei etwa gleich grosse Gruppen: Unternehmen, die schwer getroffen sind, solche die leicht bis mittel getroffen sind, und solche, die gar nicht negativ betroffen sind. Das Wirtschaftsforum hat die Unternehmen gefragt, wie es sich auswirken würde, wenn die jetzigen Massnahmen bis Ende Februar in Kraft bleiben und eine Entspannung der Situation ab Frühling eintritt. Rund zwei Drittel aller befragten Unternehmen haben darauf geantwortet, dass sie bei diesem Szenario negativ betroffen wären. Drei von zehn sind schwer negativ betroffen oder die

Existenz ist sogar bedroht. Von 346 Betrieben, die diese Frage beantwortet haben, würden gemäss Umfrage sieben definitiv schliessen müssen. Besonders betroffen sind in der aktuellen Situation Tourismusbetriebe. Hier spricht gut jeder Neunte von einer existenziellen Bedrohung. Weitere 28 Prozent sind schwer negativ betroffen, sodass ein Überleben nur knapp möglich wäre. Die Umfrage zeigt auf, dass sich Betriebe mit einem Plus und solche mit einem Minus 2020 noch die Waage gehalten haben. Für 2021 aber eine Mehrheit rote Zahlen erwartet.

«Fall Bondo» wird weiter untersucht

Bondo Die Bündner Staatsanwaltschaft muss die Strafuntersuchung nach dem grossen Bergsturz von 2017 in Bondo fortführen. Angehörige der acht Opfer des Unglücks hatten vor Bundesgericht Erfolg mit einer Beschwerde.

Bei einem der grössten Bergstürze in der Schweiz seit über 130 Jahren waren am 23. August 2017 am Piz Cengalo acht Menschen ums Leben gekommen. Sie gelten seither als vermisst. Angehörige wehren sich gegen die Einstellung des Strafverfahrens. Ihrer Auffassung nach waren vor dem Bergsturz die nötigen Sicherheitsvorkehrungen nicht getroffen worden. Vor dem Kantonsgericht Graubünden hatten die Beschwerdeführer keinen Erfolg. Das Gericht stützte das Untersuchungsergebnis der Bündner Staatsanwaltschaft, wonach das Ereignis nicht vorhersehbar gewesen sei. Das Bundesgericht allerdings hiess die Beschwerde der Angehörigen gut.

Gemäss dem gestern publizierten Urteil wird der Entscheid über die Einstellung des Verfahrens an die Staatsanwaltschaft zurückgewiesen. Die Staatsanwaltschaft muss die Strafuntersuchung fortführen. Sie hatte sich bei ihrer Untersuchung auf einen 73-seitigen Bericht des Amts für Wald und Naturgefahren abgestützt. Insgesamt geht der Bericht laut den Lausanner Richtern über reine Feststellungen von Beamten hinaus. Damit hätten die Vorschriften zur Einholung eines Gutachtens beachtet werden müssen, insbesondere die Ausstandsvorschriften. Denn beim Bericht des Amts für Wald und Naturgefahren hätten mehrere Personen mitgewirkt, die im Strafverfahren als Beschuldigte infrage kommen. (sda)

Grossräte lancieren parteiübergreifend eine Resolution

Die Wirtschaftsspitzen im Parlament haben eine Resolution gezimert: Diese fordert höhere Finanzhilfen für die Unternehmen.

Vor drei Wochen hat die Regierung kundgetan, sie wolle dem Grossen Rat einen Kredit von 61 Millionen Franken zur Unterstützung der Bündner Wirtschaft unterbreiten. In den letzten Tagen teilten BDP und SP mit, dass sie nicht zufrieden sind mit den Ideen der Regierung. Diese will den betroffenen Unternehmen vorerst nur 50 Prozent der nicht gedeckten Fixkosten A-Fonds-perdu vergüten. Die SP fordert die Bezahlung zu 100 Prozent. «Die finanziellen Mittel sind dafür vorhanden, in den letzten anderthalb Jahrzehnten wurden im Kantonshaushalt massive Überschüsse angehäuft», so der Churer SP-Grossrat Lukas Horrer dazu auf Anfrage. Horrer vertritt die SP in der Wirtschaftskommission.

Die BDP spricht sich für mindestens 90 Prozent Fixkostenvergütung aus. Ihr Klosterser Grossrat und Finanzexperte

Martin Bettinaglio schreibt: «Der voraussichtlich hohe Mittelbedarf darf insbesondere bei den behördlich geschlossenen Betrieben nicht als Argument angeführt werden.»

Schulterchluss erfolgt

Inzwischen ist klar: Auch die Fraktionen von CVP, FDP und SVP sind mit dem 61-Millionen-Kredit nicht zufrieden. Eingereicht wurde darum gestern dem Vernehmen nach eine parteiübergreifende Resolution. Eine Resolution kann bei wichtigen Landesangelegenheiten verfasst werden und muss von mindestens 25 Ratsmitgliedern unterzeichnet sein. Sie gilt als starker Denkanstoss an die Exekutive.

Als Erstunterzeichner der Kundgebung werden von Gewährsleuten drei Personen genannt. Jene von zwei betroffenen Unternehmen: CVP-Gastrovertreter Franz Sepp Caluori (Chur) und FDP-Hotelier Thomas Rüegg (Thusis) – sowie Horrer Name. Dies ist insofern ein erstaunliches Zeichen



Gesprächsbedarf: Von Marcus Caduff und Christian Rathgeb (rechts) wird ein weiteres Öffnen der Kantonskasse verlangt. Bild: Olivia Aebli-Item

Die Wirtschaft will höhere Entschädigungen

Auch die Bündner Unternehmen erwarten eine Erweiterung der Härtefallhilfen. Dies teilten gestern die Dachorganisationen der Bündner Wirtschaft mit. Sie fordern gezielte Verbesserungen der Entschädigungen: Kredite für die Sicherung der Liquidität und höhere Entschädigungen für indirekt Betroffene. Dies, weil die Wirtschaft im Jahr 2021 insge-

samt stärker getroffen werde als während des Lockdowns im letzten Frühling. Es brauche bei den Härtefallhilfen Anpassungen bei den Obergrenzen. Zweitens brauche es eine Lösung, um indirekt betroffene Betriebe mit weniger als 40 Prozent Umsatzrückgang, aber mit hohen Fixkosten und grosser Investitionstätigkeit zu unterstützen. (hape)

se Grenze ohne vorherigen Entscheid des Bundes selbst erhöhen kann. Zudem ist zu hören, der Kanton müsse die Auszahlung der Finanzhilfen garantieren – ohne abzuwarten, ob der Bund seine Beiträge an die Kantone ausrichte. Weiter ist die Wiederaufnahme des Covid-Bürgschaftsprogramms ein Thema bei den Wirtschaftsspitzen.

Involviert in die Lösungsfindung ist die bürgerliche parlamentarische Kerngruppe Wirtschaft. Deren Koordinator Jan Koch (SVP, Landquart) demontiert «intensive Gespräche zur Lösungsfindung» nicht. Ausführungen dazu will aber auch Koch keine machen.

Zusätzlich im Raum steht ein bereits von der Parlamentsmehrheit unterzeichneter Vorstoss aus der letzten Oktobersession. Dieser verlangt Massnahmen zur Abfederung von Einnahmeausfällen aufgrund abgesagter Grossveranstaltungen und Kongresse.

Hans Peter Putzi

an das Parlament, weil Caluori und Rüegg ihre eigenen Regierungsräte Christian Rathgeb (Finanzen, FDP) und Marcus Caduff (Wirtschaft, CVP) zum sofortigen Handeln auffordern. Horrer bestätigte zwar parteiübergreifende Gespräche, äusserte sich allerdings nicht weiter zu deren Inhalten. Offenbar dürfte die Resolution je nach Branche eine Fixkosten-Ent-

schädigung von bis zu 100 Prozent fordern. In Bezug auf den nachzuweisenden Umsatzverlust von nicht geschlossenen Betrieben scheint sich eine Senkung von 40 auf 35 oder gar 30 Prozent durchzusetzen. Auch an der Obergrenze der Härtefallzahlungen pro Betrieb von 750 000 Franken will die Resolution rütteln. Hier wird sich die Frage stellen, ob der Kanton die-